

76

# MAI-BOTSCHAFT 1949

AN DAS ÖSTERREICHISCHE VOLK

VON

BUNDESPRÄSIDENT  
DR. KARL RENNER

WIEN 1949

DRUCK UND VERLAG  
DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI

Der 1. Mai ist von jeher von verschiedenen Teilen unseres Volkes in verschiedener Weise festlich begangen worden, von kirchlichen Kreisen als Dies Maialis, von hohen und niederen Schulen als Ferialtag zur Feier des Frühlingsbeginnes, von den Gesellschaftskreisen als Tag festlicher Auffahrten; seit nunmehr 69 Jahren von der aufstrebenden Arbeiterschaft als Fest der Arbeit und der Völkerverbrüderung. Zuletzt wurde er zum allgemeinen Feiertag der Republik erhoben.

Das letztere schließt nicht aus, daß jeder auch weiterhin den Tag in seiner überlieferten Weise und mit seinen besonderen Parolen begeht, doch richtet es zugleich an alle die Mahnung, dabei stets an die Volksgesamtheit und an das Ganze des Staates zu denken.

Gerade an diesem Tage dürfen wir nach dem vorangegangenen bitteren Verlust unserer Eigenstaatlichkeit freudig bekennen:

Der Österreicher hat sein Vaterland, er hat es wieder! Er liebt's und hat nun doppelt Ursach', es zu lieben, nachdem er erfahren, was sein Verlust bedeutet hat.

Mag auch dieses freudige Bekenntnis derzeit noch getrübt sein durch die Tatsache, daß unser Land, da es ja nicht bloß für uns, sondern für ganz Europa, ja für die Welt Bedeutung hat, wider seinen Willen in die schwere Auseinandersetzung der Weltmächte verwickelt ist und darum — nicht aus Gründen unserer inneren Einrichtungen und Haltung, also aus Gründen, die es nicht mehr gibt — von der Wehrmacht der vier Weltmächte besetzt gehalten wird.

Das österreichische Volk hat in den letzten 35 Jahren außerordentliches gelitten, es ist wahrhaftig leidgeprüft und wird auch diese hoffentlich letzte und hoffentlich kurze Spanne des Leidens ertragen in dem festen Entschluß, die Freiheit, die Selbstregierung der Republik und ihre Unabhängigkeit, soweit es auf uns selbst ankommt, nach allen Seiten der Windrose zu behaupten und nur eine Bindung anzustreben, jene an die werdende Friedensgemeinschaft der Vereinten Nationen der ganzen Welt!

Ein solcher Weltmaientag wird auch Österreichs schönster, festlichster Maientag sein.

In diesem Geiste einig sind alle Österreicher doch zugleich bewegt von vielfachen Sonderinteressen und beseelt von widersprechenden Zeitideen. Auch diese kommen am Maientag zu berechtigtem Ausdruck, besonders in diesem Jahre, wo wir vor allgemeinen Wahlen stehen. Und gerade dieser Umstand hat mich bewogen, in diesem Jahre aus der nach unserer Verfassung dem Bundespräsidenten zugemessenen Reserve etwas herauszutreten.

Völlig freie Wahlen des allgemeinen Stimmrechtes zur zentralen Volksvertretung sind das Fundament aller Demokratie. Die Allgemeinheit des Wahlrechtes hat zu verbürgen, daß kein mündiger Angehöriger des Volkes von der Vertretung seiner geistigen und materiellen Interessen, seiner politischen und sozialen Ideen ausgeschlossen sei. Die Freiheit der Wahlen verbürgt, daß jeder in Wort und Schrift, im engsten Kreise wie in Vereinen und Versammlungen für seine Ideen werben und seine Stimme mit Gleichgesinnten zur politischen Partei vereinigen kann.

Diktatoren behaupten, dies schaffe das Chaos — das Gegenteil ist richtig: Ein unaufgeklärtes, unorganisiertes, verbindungsloses Volk verharret in der heutigen Gesellschaft so hundertzellig gegliederter Berufe, so tausendzelliger Arbeitsteilung, so verheerernder Konkurrenz aller gegen alle ständig

in einem Zustand des Chaos. Die Parteibildung und der Wahlgang haben die Aufgabe, dieses Chaos durch freie Organisation zu überwinden, Gleichgesinnte zu sammeln, Interessen gegen Interessen, Ideen gegen Ideen abzuwägen und so das gemeinsame Interesse sowie die in der Zeit führenden Ideen herauszuarbeiten.

Interessen kreuzen sich — es gilt, sie auf der mittleren Linie des zur Zeit Notwendigen und Möglichen auszugleichen; Ideen kommen und gehen — es gilt, dem inneren Wandel der Gesellschaft auch in dessen geistigem Ausdruck Folge zu leisten: Parteien werden zur Mehrheit, werden wieder Minderheit und wieder Mehrheit. Die jeweilige Mehrheit führt, aber sie übt keine Diktatur; die jeweilige Minderheit hat alle Rechte der Kontrolle, hat die bequemere und zumeist auf die Dauer erfolgreiche Aufgabe freier Kritik und damit die Gewähr, wieder an der Mehrheit teilzuhaben.

Zwei der mächtigsten staatlichen Gebilde der Neuzeit — Großbritannien und die Vereinigten Staaten — haben dieses System nunmehr schon durch mehr als ein Jahrhundert entwickelt und erprobt, beide haben den höchsten Stand der Zivilisation erreicht. Viele größere und kleinere Nationen sind die gleichen Wege gegangen, ja in vielen Einzelheiten vorbildlich vorangegangen: das Schlagwort vom Chaos der Demokratie ist durch diese Tatsachen ad absurdum geführt, ebenso wie andererseits die tödliche Gefährdung, die jede Diktatur, ja jedes Zurückbleiben oder Abweichen von der Demokratie über eine Nation zu bringen vermag, durch die Erfahrungen zweier Weltkriege erhärtet ist.

Neuwahlen stehen vor uns und damit das selbstverständliche, ja erwünschte Ringen aller Interessen und Ideen um den Vorrang; es stellt sie zum Teil neben-, zum Teil gegeneinander. Aber nicht vergessen darf dabei werden, daß der Endzweck dieses Kampfes die endliche Verständigung zum allgemeinen Besten ist. Auch diese Verständigung ist organisiert: sind die Wahlen vollzogen, so werden die bis dahin

getrennten Kämpfer auf das eine gemeinsame Forum der Volksvertretung zusammengezwungen, damit dort in eingehenden Beratungen, nach gründlicher Erwägung in Ausschüssen und in je drei Lesungen innerhalb zweier Kammern unter der Kontrolle der Öffentlichkeit Beschluß gefaßt und das Gesetz werde.

Eine noch so geschickt gestellte, noch so feierlich inszenierte Jahresvorführung aufoktrozierter Gefolgsleute vor einem Führer ersetzt, auch wenn sie mit heldischem Vortrag von „Liedern der Bewegung“ eingeleitet und geschlossen wird, natürlich eine Volksvertretung nicht. Eine solche Veranstaltung erinnert eher an eine Wachparade oder einen Gesangverein als einen Rat des Volkes.

Oberflächliche Kritik stößt sich gerade an der streng geregelten Arbeitsweise, spottet über die „Gesetzgebungsmühle“ und über die reichliche Zahl von Gesetzen, die sie hervorbringt. Aber die Spötter sind doch zumeist jene gedankenlosen Anbeter der Gewalt, welche die tägliche Flut von unverständenen Dekreten der Willkür, die jede Diktatur über das Volk ausgießt, in stümmem Gehorsam über sich ergehen lassen und womöglich diese überflutende Willkür bewundernd der „Unfruchtbarkeit der Demokratie“ entgegenhalten!

Die erwählten Volksvertreter kennen dieses Gerede und leiden gelegentlich auch unter solchen Einwendungen des Unverständes, der nicht begreift, daß die millionenköpfige, tausendfach gegliederte, in ständigem Wandel begriffene moderne Gesellschaft ohne die immer wache Regelung durch öffentliche Normen nicht in Funktion erhalten werden kann.

Freilich läuft die Demokratie, wenn nicht im wahren Sinn für dieses Gemeinschaftsleben eingerichtet und gehandhabt, sondern verfälscht und mißbraucht, die Gefahr der Verwirrung und Auflösung des öffentlichen Lebens.

Wie eben ausgeführt, ringen alle Ideen und Interessen der einzelnen und der sozialen Gruppen neben- und gegeneinander

um Geltung, und kurzsichtiger Gruppenegoismus erwartet, Alleingeltung zu gewinnen und zu behaupten. Nur unverständige und unsoziale Elemente können hoffen, sich just ihr Wohngemach oder ihren Haustrakt höchst wohnlich und komfortabel einzurichten, während das Fundament des Hauses wankt und das Dach einbricht. Für alle aber ist die Volksgemeinschaft das tragende Fundament und der Volksstaat das schützende Dach.

Ich leihe diesen Gedanken, die ja für den unterrichteten und überzeugten Demokraten alte, selbstverständlich gewordene, elementare Wahrheiten, ja Sätze der politischen Kinderfibel sind, an diesem Maientage Ausdruck, weil sie in dem Bewußtsein vieler unserer Staatsbürger leider noch nicht gefestigt sind und damit sie, insbesondere bei diesen Wahlen, nicht außer acht gelassen werden.

Das erste Parlament der Nachkriegsepoche tritt am 2. Mai in seine letzte Sitzungsperiode, es wird nach Beendigung der vierjährigen Wahlzeit seine Pforten schließen, und die Männer und die Parteien, die in ihm zusammengearbeitet haben, gehen auseinander, sie werden in einer lebhaften Wahlbewegung neben- und gegeneinander zu stehen und voneinander getrennt sich vor dem Volke zu rechtfertigen haben. Daraus allein erwächst die Gefahr, daß ihre bisherige vierjährige Zusammenarbeit an dem Neubau unserer Wirtschaft und unseres Staates entweder in den Hintergrund tritt oder bösartig mißdeutet wird. Als Bundespräsident fühle ich mich berufen, für die geleistete gemeinsame Arbeit vor ihrem Abschluß Zeugnis abzulegen.

Dabei schicke ich voraus: Bei den Wahlen wird unser Volk selbst berufen sein, über unsere künftige Politik und damit über die Zusammensetzung der künftigen Regierung des Landes zu entscheiden. Es ist nicht meine Aufgabe, dieser Entscheidung vorzugreifen oder sie in irgendeiner Richtung zu beeinflussen. Ich will Zeugnis ablegen für das Wirken unserer Parteien und die Tätigkeit unseres Parlamentes in der

0

bald abgeschlossenen Legislaturperiode. Diese ist für unsere Republik besonders bedeutungsvoll und wird es bleiben, sie wird in wenigen Monaten der Geschichte angehören, und es liegt mir ausschließlich daran, ihr geschichtliches Bild festzuhalten. Die Zukunft unseres politischen Systems liegt ganz und gar in den Händen der Wählerschaft.

Durch den hochherzigen Entschluß der russischen Besatzungsmacht wurden sofort nach ihrem Einmarsch Vertreter aller demokratischen Parteien eingeladen, eine provisorische Regierung zu bilden. Diesem Entschluß traten im Herbst 1945 die anderen Mächte bei und im November wurde gemäß den Ergebnissen der Wahlen von dem verfassungsmäßig berufenen Bundespräsidenten die Regierung eingesetzt, die nunmehr mit unwesentlicher Änderung in ihrer Zusammensetzung die Geschäfte des Landes geführt hat, bei jedem ihrer Schritte getragen von der Zustimmung des National- und Bundesrates.

Bloß die Zusammensetzung der Regierung beruhte auf jenem Übereinkommen der Parteien, dieses Übereinkommen ging nicht darüber hinaus, es war grundverschieden von dem, was man gemeinlich eine Koalition nennt. Es enthielt keineswegs, wie bei einem Koalitionspakt üblich, die Festlegung eines sachlich detaillierten Arbeitsplanes mit zeitlicher Befristung, sondern einfach den Beschluß: Im Interesse der Wiederherstellung der Republik und des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft an alle Aufgaben, welche die Wiedererringung unserer vollen Freiheit, die Heilung der Kriegswunden, die Behebung des Elends der Nachkriegsjahre stellen, entschlossen heranzutreten und sie von Tag zu Tag, von Fall zu Fall, einverständlich zu meistern. Ich möchte vorziehen, ein solches Abkommen Kooperation und nicht Koalition zu nennen.

Ohne irgendwelchen Druck durch die Mehrheit ist später eine der ursprünglich beteiligten Parteien freiwillig ausgeschieden, allerdings nur im Bunde, nicht in den Bundesländern und Gemeinden.

Diese Kooperation ist durch die ganze Legislaturperiode aufrechtgeblieben, indem von Fall zu Fall über jede dringende Aufgabe im Schoße der Regierung beraten, Beschluß gefaßt, die Zustimmung der Parteien und sohin die Entschließung des National- und Bundesrates eingeholt wurde. Regierung und Parteien haben dabei ohne Unterlaß und ohne Ausnahme auch den Rat der Interessenten, vor allem der Kammern, wie die Mitarbeit der Landesregierungen nachgesucht und auch bei dem Vollzug der Gesetze deren Kooperation herbeigeführt und erhalten.

Dieses System der freien Kooperation — nicht bloß von Parteien, sondern, wie man sieht, von Bund und Ländern, von Regierung und Interessenvertretungen — ein System, das von der höchsten bis zur niedersten Stelle, vom Bund bis zur Gemeinde, vom Ministerium bis in die einzelnen Werkstätten und Haushaltungen reicht — verlangt viel Umsicht und bringt viel Mühsal mit sich, aber es hat sich in den schwierigsten Zeiten, die je einem Gemeinwesen gestellt worden sind, bewährt.

Ihm vor allem möchte ich den einen großen Erfolg zuschreiben: Es gibt wenig Staaten Europas, welche die Nachkriegsepoche ohne jeden Wechsel des Regimes, ohne innere politische oder soziale Erschütterung gemeistert haben wie die Republik Österreich. Sie hat dem eigenen Volke die Rettung aus verzweifelter Not und daneben zugleich vielen unglücklichen Opfern all der Umwälzungen rund um uns eine willkommene Zufluchtsstätte geboten!

Es hat Monate, vielleicht mehr als ein Jahr gedauert, bis die Welt uns verstand, und Mißdeutungen waren nicht selten, aber am Ende können wir ohne Übertreibung feststellen: die ganze Welt hat diese Leistung anerkannt, ja bewundert, das österreichische Volk hat damit sein Ansehen und seine lange in Frage gestellte Ehre wiederhergestellt.

Es drängt mich als das von allen Parteien gewählte Staatsoberhaupt Österreichs, dies auszusprechen, gerade jetzt, denn



in der Atmosphäre des Wahlkampfes, der unausweichlichen Kritik aller gegen alle, vermöchte leicht dieses Verdienst aller, dieses Zeugnis für die politische Reife unseres Volkes unterzugehen.

Wahlbewegungen sind Zeiten der Kritik. Solche Kritik ist heilsam, wenn sie Wahrhaftigkeit übt und Recht und Würde des andern achtet. Selbstverständlich werden in diesen Zeiten tausendfache Wünsche laut, die eben wegen der Not der Zeit nur zum Teil oder zuweilen auch gar nicht erfüllt werden können. Enttäuscht ist ja oft selbst jener, der vom Staate empfängt, weil er sich dabei noch verkürzt glaubt.

Selbstverständlich muß jeder dem Nächsten, der Allgemeinheit, dem Staate Opfer bringen und trägt sie schwer, er fragt, ob nicht gerade ihm zuviel auferlegt ist. Verlogen wäre eine Kritik, welche die Lage des Staates und der Volkswirtschaft so darstellte, als wäre irgendwo ein unausschöpflicher Born und als wollte nur die Bosheit der Regierenden nicht ins Volle greifen. Durch die ersten Jahre des Wiederaufbaues erzielte unsere Volkswirtschaft keine Überschüsse, die mageren Überschüsse der folgenden Jahre mußten in erster Linie der Wiederherstellung des Wirtschaftsapparats dienen, und sie reichten auch dazu lange nicht aus. Der Leistung des Staates für seine Bürger war darum eine eherne Schranke gesetzt.

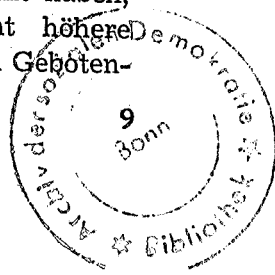
Eine zweite Schranke lag darin: Es haben sich alle ernst zu nehmenden Gruppen des Volkes trotz der unleugbaren und auch nicht verleugneten Gegensätze zusammengetan, um der gemeinsamen Not des Vaterlandes zu begegnen. Begreiflicherweise gibt es Auffassungen, die in erster Linie auf das Neue und Kommende bedacht sind und fordern, und andere, die auf das Bestehende und zu Erhaltende Rücksicht üben und mit Zugeständnissen zögern. Ist das Neue durch den unvermeidlichen Fortschritt geboten, so soll es nicht durch diktatorische Dekrete, sondern mit tunlichster Rücksicht und Schadloshaltung des Bestehenden, ohne Zerstörung überlieferter Kulturgüter und

ohne sinnlose Vergewaltigung menschlicher Einzelwesen Verwirklichung suchen.

Jeder Mensch begreift, um eines der markanteren Beispiele anzuführen, daß ohne die Arbeit des Landwirtes die Stadt und ohne die Arbeit der städtischen Industrie die ländliche Bevölkerung nicht existieren könnte, daß also beide Gruppen aufeinander angewiesen seien. So erfordert im allgemeinen jede Kooperation mehrerer Parteien von jeder einzelnen Opfer. Wenn nun mit Rücksicht auf das Volksganze solche Opfer gebracht werden, schreit Unverstand oder Bosheit sofort „Ver-rat“ und beschuldigt die Opfernden, „verkauft“ zu sein. In Wahrheit aber sind bei uns Opfer und Vorteil immer in freier öffentlicher Verhandlung im Vergleichswege abgewogen worden.

Es ist weiters bis in den Haushalt des bescheidensten Arbeiters und bis in das kleinste Bauernanwesen bekannt, daß wir die letzten Jahre, auf uns allein gestellt, einfach nicht hätten leben können und daß die Annahme der uns von außen gebotenen Hilfe eine nackte Lebensnotwendigkeit war. Diese Annahme erfolgte in ebenso würdiger Weise ohne Selbst-demütigung, wie die Hingabe ohne irgendwelche Herrschaftsansprüche erfolgt ist. Nur Torheit oder Bosheit kann von uns den Bettlerstolz erwarten, wir brauchten die Hilfe nicht, kann voraussetzen, wir hätten damit unseren Staat, unser Volk und unsere Seele verkauft! Es ist wahrhaftig nicht das Merkmal des Imperialismus, zu spenden, weit eher zu nehmen.

Endlich möchte ich noch hervorheben: Wer sich bemüht, die Bevölkerung Österreichs offenen Auges aufrichtig in ihrer Denkweise zu erfassen, muß zugeben: Infolge der geographischen, historischen und ökonomischen Verknüpfungen unseres Landes mit seiner Umwelt hat es immer und wird es immer Teile unserer Bevölkerung geben, die sich näher dem Westen und solche, die sich näher dem Osten gefühlt haben, Teile, welche dem sprachlich-kulturellen Element höhere Geltung zuweisen als den geographisch-ökonomischen Geböten-



heiten. Ebenso wird es immer Teile unseres Volkes geben, welche die soziale Entwicklung, wie sie die englische Labour Party darstellt, höher schätzen als die Gestaltung in Rußland und umgekehrt.

Diese Vielfältigkeit der Orientierung kann unter Umständen ein Glück und unserem Volke heilsam sein, da sie es allen Zeitereignissen und Entwicklungsmöglichkeiten geistig offen hält. Sie würde nur dann zum Unheil, wenn jeder aus seiner besonderen Auffassung heraus sich dazu verführen ließe, das eigene Land ideell und politisch aufzugeben, ja, gegen das eigene Land eine hochverräterische Stellung zu beziehen. Vor dieser Exaltation muß ich als Bundespräsident warnen, denn sie würde einen möglichen Segen geradezu in einen sicheren Fluch verkehren, sie würde die verheißungsvolle Mittlerrolle, zu der unser Volk berufen ist, so verzerren, daß sie zur Auflösung unseres Vaterlandes führen müßte. Haben wir doch dieses schon einmal erlebt. Dagegen aber muß sich jeder Freund unseres Landes verwahren und schützen.

Ich kann weiters aus allen Anzeichen schließen, daß faschistische und diktatorische Gelüste in unserem Volke nicht mehr lebendig oder mindestens uns ernstlich zu beunruhigen nicht stark genug sind. Das Land hat sich zur Demokratie bekannt, das Land will die Freiheit der Rede, der politischen Agitation, die Freiheit der Entschließung des Volkes und der Volksvertretung im Innern wie die Freiheit des Staates nach außen.

Die vier Jahre verfassungsmäßigen Regimes, aufrichtiger, opferbereiter Kooperation nicht nur der Parteien, sondern von Bund und Ländern und Gemeinden, von Regierung und Interessenvertretungen, von Stadt und Land, von Unternehmern und Arbeitern, haben zwischen die wirre Vergangenheit von Faschismus und Krieg einerseits und unseres Volkes Zukunft anderseits eine breite, ruhige, sichere Grenzzone gelegt, eine zeitliche Zone aufrichtiger und erfolgreicher Selbstregierung, eine geschichtliche Etappe wahrer Demokratie. Sie haben für

unser Volk eine neue und in ihrer Art ruhmvolle Tradition begründet, die nicht mehr untergehen wird.

Weil ich von dieser Überzeugung erfüllt bin, fühle ich mich als Bundespräsident verpflichtet, allen denen, welche an diesem Werke der Kooperation in öffentlicher Funktion und im privaten Wirkungskreise mitgearbeitet haben, aus vollem Herzen zu danken.

In dieser Überzeugung bin ich für unser bedrängtes, noch nicht völlig freies Vaterland voll guter Hoffnung und bitte Sie, in dem gleichen Geiste in den Wahlkampf einzutreten.